



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Thomas Mütze**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 15.11.2016

Fehlende Ingenieure und Ingenieurinnen im öffentlichen Dienst

In Bayern ist das Verhältnis zwischen offenen Stellen und arbeitslosen Ingenieuren mit 4:1 besonders groß. Problematisch ist das vor allem im öffentlichen Dienst, da dort nicht mit angehobenen Gehältern geworben werden kann. Das hat zur Folge, dass es nach meinen Informationen sechs bis zwölf Monate dauert, um ausgeschriebene Stellen in der staatlichen Bauverwaltung neu zu besetzen und auch Ingenieure mit schlechten Noten eingestellt werden.

Ich frage die Staatsregierung:

1. a) Mussten staatliche Bauvorhaben aufgrund fehlender Ingenieure und Ingenieurinnen verschoben werden?
b) Falls ja, welche und wie lange?
2. Wie gedenkt die Staatsregierung dem Problem fehlender Ingenieure und Ingenieurinnen beizukommen?
3. Inwiefern sieht die Staatsregierung Änderungsbedarf bei den Aufstiegsmöglichkeiten im Bereich der Ingenieure und Ingenieurinnen im öffentlichen Dienst?
4. a) Sieht die Staatsregierung die einjährige Anwärterzeit, mit reduzierten Bezügen und abschließender Prüfung, als Hürde für Ingenieure und Ingenieurinnen an, die von der Privatwirtschaft in den öffentlichen Dienst wechseln wollen?
b) Wenn ja, inwiefern gedenkt die Staatsregierung diese Hürde abzubauen, um dem Problem der fehlenden Ingenieure und Ingenieurinnen beizukommen?
5. Nachdem bereits ein Mangel an Ingenieurinnen und Ingenieuren im öffentlichen Dienst besteht, frage ich die Staatsregierung, inwiefern der Stellenabbau im öffentlichen Dienst die Problematik noch zusätzlich verschärft?
6. Inwiefern plant die Staatsregierung zur Verbesserung der Situation gezielt ausländische Staatsangehörige und Frauen anzuwerben?
7. a) Wie beurteilt die Staatsregierung die Notwendigkeit, gezielt junge Frauen für ein Studium im Ingenieursbereich anzuwerben?
b) Welche konkreten Maßnahmen sind dazu geplant oder bereits umgesetzt?

8. a) Nachdem die Vollzeitbeschäftigung bei Frauen im Ingenieursbereich lediglich 70 Prozent beträgt, wie hoch ist diese Quote für Ingenieurinnen im öffentlichen Dienst?
b) Inwiefern erachtet es die Staatsregierung als sinnvoll, die Infrastruktur für Kinderbetreuung für einzelne Dienststellen auszubauen, um unter anderem im Ingenieursbereich die volle Arbeitskraft von Müttern und Vätern ausschöpfen zu können?

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr
vom 20.01.2017

Die Schriftliche Anfrage wird im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz, dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, dem Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dem Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie und dem Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst wie folgt beantwortet.

Vorbemerkung:

Die Schriftliche Anfrage wird nach Umfrage der betroffenen Ressorts beantwortet. Da die Ressorts zum Thema „Fehlende Ingenieure und Ingenieurinnen im öffentlichen Dienst“ teilweise verschiedene Erfahrungen und Erkenntnisse haben, werden die Antworten ressortweise aufgeführt.

1. a) **Mussten staatliche Bauvorhaben aufgrund fehlender Ingenieure und Ingenieurinnen verschoben werden?**
b) **Falls ja, welche und wie lange?**

Staatsbauverwaltung:

Planung und Durchführung von Bauvorhaben werden zum überwiegenden Teil von der Staatsbauverwaltung an freiberufliche Architektur-Ingenieurbüros vergeben. Erkenntnisse über Verzögerungen im Bauablauf, die auf fehlendes Personal der Bauverwaltung zurückzuführen sind, liegen nicht vor.

Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz:

In den vergangenen Jahren kam es an den Bayerischen Wasserwirtschaftsämtern immer wieder zu Schwierigkeiten bei der Besetzung freier Stellen für Bauingenieure der 3. Qualifikationsebene (QE), insbesondere im südbayerischen Raum. In der Konsequenz führte dies dazu, dass freie Stellen im Einzelfall nur mit Verzögerung oder mit Bewerbern

weniger geeigneter Fachrichtungen besetzt werden konnten. Bei der Besetzung freier Stellen in der 4. QE war zuletzt kein Mangel an geeigneten Bewerbern zu verzeichnen. Konkrete Bauvorhaben, die dadurch ggf. verschoben werden mussten, sind nicht bekannt.

2. Wie gedenkt die Staatsregierung dem Problem fehlender Ingenieure und Ingenieurinnen beizukommen?

Staatsbauverwaltung:

Zur Besetzung von freien Stellen von Ingenieuren und Ingenieurinnen werden folgende Mittel eingesetzt:

- Stellenausschreibungen in örtlicher und überörtlicher Presse
- Zusammenarbeit mit Universitäten und Hochschulen
- Angebot von dualen Studienplätzen
- Teilnahme an Messen
- Tag der offenen Tür
- Förderung von internen Leistungsträgern (z. B. Weiterqualifizierung von Technikern zu Ingenieuren)
- Praktika
- Werkstudentenplätze
- Studienabschlussarbeiten

Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat:

Der öffentliche Dienst ist bereits jetzt aufgrund seiner Arbeitsplatzsicherheit und Familienfreundlichkeit ein attraktiver Arbeitgeber für junge Nachwuchskräfte und genießt einen hohen Stellenwert bei Schul- und Hochschulabsolventen. Um künftig hoch qualifizierte Ingenieurinnen und Ingenieure für einen Einstieg im öffentlichen Dienst gewinnen zu können, gilt es aufzuzeigen, welche vielfältigen und spannenden Aufgabenbereiche eine Beschäftigung beim Freistaat auch für diese Berufsgruppe bietet. Hierzu bewerben die einzelnen Ressorts die gesuchten Berufsgruppen nach ihren spezifischen Bedürfnissen über Universitäten, Messen oder studienbegleitende Praktika. Im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat betreibt beispielsweise die Vermessungsverwaltung aktive Nachwuchswerbung:

- enger Kontakt zu den Hochschulen
- Information an die Studierenden über das Berufsfeld, die Entwicklungsmöglichkeiten und Stellenangebote in der Vermessungsverwaltung
- Werbung auf Job-Messen
- Werbung im Rahmen der Veranstaltung „Woche der Geodäsie“
- Frühzeitige Information bereits an Schüler zum Beruf des Geodäten (Praktikum Vermessung im Rahmen des Mathematikunterrichts)

Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Eine Möglichkeit, dem Problem fehlender Ingenieure und Ingenieurinnen beizukommen, wird im dualen Studium in Form eines Studiums mit vertiefter Praxis gesehen. Mit Studieninteressenten werden dazu sogenannte Bildungsverträge abgeschlossen, die beinhalten, dass die Studierenden während der Vorlesungszeiten an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften ihr Studium absolvieren und während der vorlesungsfreien Zeiten an den Ämtern für Ländliche Entwicklung eingesetzt werden und die Praxis kennenlernen. Nach Abschluss des Studiums verpflichten

sie sich, die einjährige Anwärterzeit zu absolvieren und anschließend für einen Zeitraum von mindestens drei Jahren am Amt für Ländliche Entwicklung zu arbeiten. Im Gegenzug erhalten sie während des Studiums eine monatliche Unterstützung.

3. Inwiefern sieht die Staatsregierung Änderungsbedarf bei den Aufstiegsmöglichkeiten im Bereich der Ingenieure und Ingenieurinnen im öffentlichen Dienst?

Staatsbauverwaltung:

In der Staatsbauverwaltung kann praktisch jeder Ingenieur bzw. Ingenieurin die Endstufe der 3. Qualifikationsebene erreichen (A 13). Zudem besteht für die besonders befähigten Leistungsträger die Möglichkeit der modularen Qualifikation für die 4. Qualifikationsebene. Änderungsbedarf wird daher nicht gesehen.

Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat:

Im Rahmen des Neuen Dienstrechts in Bayern wurde der Aufstieg durch die modulare Qualifizierung (Art. 20 Leistungslaufbahngesetz – LlbG) und die Ausbildungsqualifizierung (Art. 37 LlbG) ersetzt.

Die Ausbildungsqualifizierung ist – wie bereits im alten Recht – weder im technischen noch im nichttechnischen Bereich für Ämter ab der 4. Qualifikationsebene eröffnet, da mehrjährige Studiengänge erforderlich wären.

Die modulare Qualifizierung bietet jedoch allen überdurchschnittlich qualifizierten Beamten und Beamtinnen Beförderungsmöglichkeiten in Ämter der 4. Qualifikationsebene. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für ein modernes und passgenaues Qualifizierungsverfahren wurden mit Art. 20 LlbG geschaffen und bedürfen derzeit keiner Anpassung. Im Rahmen der Evaluation des Neuen Dienstrechts wurde die modulare Qualifizierung, insbesondere aufgrund der verbesserten Fortkommensmöglichkeiten, als gelungener Kernbestandteil des Neuen Dienstrechts gesehen. Das Neue Dienstrecht in Bayern ist 2016 von der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung mit dem bundesweit ersten Preis ausgezeichnet worden.

Die nähere Ausgestaltung der Qualifizierungssysteme verantworten die Ressorts in ihren Fachverordnungen und Konzepten. Ihnen oblag auch innerhalb der Grenzen der Stellenpläne die Umsetzung der in den letzten Doppelhaushalten mehrfach ausgebrachten zahlreichen Hebungsmittel (vgl. Art. 6i Haushaltsgesetz – HG).

Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz:

Ein Änderungsbedarf bei den Aufstiegsmöglichkeiten wird nicht gesehen.

4. a) Sieht die Staatsregierung die einjährige Anwärterzeit, mit reduzierten Bezügen und abschließender Prüfung, als Hürde für Ingenieure und Ingenieurinnen an, die von der Privatwirtschaft in den öffentlichen Dienst wechseln wollen?

Staatsbauverwaltung:

Der Vorbereitungsdienst ermöglicht den Einstieg in den bautechnischen und umweltfachlichen Verwaltungsdienst und wird von den Ingenieuren als berufliche Weiterqualifizierung für Tätigkeiten im öffentlichen Dienst wahrgenommen. Die erforderlichen fachtheoretischen Kenntnisse und berufspraktischen Kompetenzen für die Aufgaben im öffentlichen

Dienst können hier noch mit eingeschränkter Verantwortung erworben werden. Notwendige Rechts- und Verwaltungskennntnisse werden vermittelt und ergänzen die Fähigkeiten aus dem Studium. Fachübergreifendes vernetztes Denken wird geübt und eine praktische Einarbeitung in qualitätsorientiertes, termin- und kostenbewusstes Projektmanagement ist möglich. Die für die Staatsbauverwaltung notwendigen praktischen Fähigkeiten gehen weit über das Studium hinaus. Diese Anwärter- bzw. Referendarzeit wird nicht als Hürde verstanden, sondern als Angebot und Chance, für die späteren Aufgaben bestens vorbereitet zu werden. Daneben beschäftigt die Staatsbauverwaltung eine große Zahl von Ingenieuren und Ingenieurinnen im Tarifbeschäftigtenverhältnis, sodass auch ein unmittelbarer Einstieg möglich ist.

b) Wenn ja, inwiefern gedenkt die Staatsregierung diese Hürde abzubauen, um dem Problem der fehlenden Ingenieure und Ingenieurinnen beizukommen?

Berufspraxis ist eine gute Voraussetzung für den Vorbereitungsdienst und ist vor allem für den ersten Dienstantritt in verantwortlicher Stellung sehr hilfreich.

Fachgebietsbezogene Berufsausübung, die geeignet ist, praktische Ausbildungsabschnitte ganz oder teilweise zu ersetzen, können berücksichtigt werden, indem sie den Vorbereitungsdienst verkürzen und somit den finanziellen Engpass reduzieren. Für junge Absolventen der Hochschulen ist der Vorbereitungsdienst mit seinen geringen Bezügen keine Hürde, sondern eher eine lukrative Verlängerung der qualifizierten Ausbildungszeit. Die erforderlichen Einstellungszahlen für die Nachwuchsgewinnung in der 3. Qualifikationsebene werden derzeit erreicht. Die Auswahl der geeigneten Bewerber für eine technische Beamtenlaufbahn gestaltet sich aber aufgrund der starken Baukonjunktur und der demografischen Entwicklung zunehmend schwieriger.

Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat:

Der Vorbereitungsdienst mit abschließender Prüfung ist notwendig, um das hohe Qualitätsniveau zu halten. Vorübergehende Einkommensverluste im Vergleich zur bisherigen Tätigkeit müssen im Gesamtzusammenhang der Wechselentscheidung abgewogen werden.

Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz:

Die Bezüge während der Anwärterzeit können im Einzelfall als Hindernis für den Wechsel von bereits berufstätigen Ingenieuren aus der privaten Wirtschaft zum Staat gesehen werden. Dieser vorübergehende Einkommensrücktritt ist mit den Vorzügen einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst abzuwägen.

Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Auch wenn die Anwärterzeit mit reduzierten Bezügen und die anschließende Prüfung eine Hürde darstellen, sollte diese – wenn eine Verbeamtung angestrebt wird – nicht gänzlich entfallen. Im Übrigen besteht die Alternative, Ingenieurinnen und Ingenieure aus der Privatwirtschaft als Tarifbeschäftigte ohne Anwärterzeit und Prüfung zu übernehmen. Es ist dann aber im Vorfeld klar zu kommunizieren, dass eine spätere Verbeamtung ausscheidet.

Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (StMWi):

Die in der Frage genannte Anwärterzeit stellt bei der Personalgewinnung im nachgeordneten Bereich des StMWi derzeit keine Hürde dar.

5. Nachdem bereits ein Mangel an Ingenieurinnen und Ingenieuren im öffentlichen Dienst besteht, frage ich die Staatsregierung, inwiefern der Stellenabbau im öffentlichen Dienst die Problematik noch zusätzlich verschärft?

Staatsbauverwaltung:

Der Stellenabbau belastet die Staatsbauverwaltung insofern, als der ihm zugrunde gelegte Rückgang an Aufgaben nicht eingetreten ist. Bisher ist es aber gelungen, die Stellen für Ingenieure und Ingenieurinnen weitgehend zu erhalten.

Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat:

Der Stellenabbau im Rahmen des Art. 6b Haushaltsgesetz wurde auf der Grundlage der von der Staatsregierung initiierten Verwaltungsreformen – insbesondere der Verwaltungsreform 21 – konzipiert. Die Staatsregierung hat entsprechende Stellenabbaukontingente festgelegt. Der Vollzug des Stellenabbaus und der Abbaukontingente liegt – nach Maßgabe des Art. 6b Haushaltsgesetz und der Verteilung des Abbaus durch den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen – in der Zuständigkeit der einzelnen Geschäftsbereiche, welche die einzuziehenden Stellen nach fachlichen, organisatorischen und personalwirtschaftlichen Erfordernissen bestimmen. Festlegungen hinsichtlich bestimmter Stellenwertigkeiten oder bestimmter Berufsgruppen bestehen grundsätzlich nicht.

Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF):

Mit dem Stellenabbau, der vorrangig den technischen Verwaltungen im Geschäftsbereich des StMELF auferlegt wurde und damit vor allem die Absolventen von Ingenieurstudiengängen betraf, konnten kaum mehr Nachwuchskräfte in die Verwaltung eingestellt werden. Dementsprechend waren auch die Studierendenzahlen rückläufig. Mit dem Einstieg ins duale Studium werden die Zahlen voraussichtlich wieder sukzessive ansteigen.

6. Inwiefern plant die Staatsregierung zur Verbesserung der Situation gezielt ausländische Staatsangehörige und Frauen anzuwerben?

Staatsbauverwaltung:

Für die Verbeamtung ist die gezielte Anwerbung von ausländischen Staatsangehörigen und Frauen nur in beschränktem Ausmaß möglich (nur im Rahmen des § 7 Beamtenstatusgesetz – BeamtStG). Im Bereich der Tarifbeschäftigten werden vermehrt ausländische Bewerber eingestellt. Gezielte Anwerbung wird nicht betrieben. In allen Qualifikationsebenen gibt es jährlich Bewerber aus dem europäischen Ausland. Bei entsprechender Eignung stellen wir Beamte auf Widerruf ein, wenn zu erwarten ist, dass die anspruchsvollen Abschluss-Qualifikationsprüfungen (mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit) mit Erfolg abgelegt werden können. Eine gezielte Werbestrategie für ausländische Staatsangehörige ist nicht geplant, vereinzelt nimmt die Staatsbauverwaltung an Berufs- und Bildungsmessen im benachbarten Ausland z. B. in Österreich teil. Der Anteil an Bewerbungen

von Frauen steigt stetig in den vergangenen 20 Jahren an. Seit 2010 ist der Frauenanteil der Prüfungsteilnehmer über alle Fachgebiete bei 50 Prozent und höher. Ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen- und Männereinstellungen herrscht seit Jahren in den Fachgebieten Hoch- und Städtebau, teilweise sogar mit einem deutlich höheren Prozentsatz an Frauen (Städtebau). In den Fachgebieten Straßenbau, Maschinenwesen und Elektrotechnik ist der ansteigende Frauenanteil vor allem in den letzten vier Jahren zu erkennen. Eine gezielte Anwerbung von Frauen ist derzeit nicht geplant.

Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat:

Ausländische Hochschulen wurden bisher über freie Stellen nicht informiert (Problematik: Deutschkenntnisse, vergleichbare Studienabschlüsse). Weitere Maßnahmen sind derzeit nicht geplant. Um den Frauenanteil zu erhöhen, veranstalten viele Dienststellen in der Vermessungsverwaltung einen Girls' Day.

Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Mit den geltenden Regelungen haben Ingenieure aus europäischen Staaten die Möglichkeit, sich zu bewerben. Dies wurde in der Verwaltung für Ländliche Entwicklung bereits von einigen Personen – insbesondere aus Spanien und Griechenland – wahrgenommen. Ausschlaggebend sind hier gute Deutschkenntnisse.

7. a) Wie beurteilt die Staatsregierung die Notwendigkeit, gezielt junge Frauen für ein Studium im Ingenieurbereich anzuwerben?

b) Welche konkreten Maßnahmen sind dazu geplant oder bereits umgesetzt?

Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst:

Die gezielte Förderung von Frauen ist der Staatsregierung ein wichtiges Anliegen. So werden Frauen durch vielfältige Maßnahmen in allen Bereichen der Staatsregierung unterstützt und im Besonderen für MINT (= Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik)-Bereiche qualifiziert und motiviert. Hierzu möchten wir zunächst auf die einschlägige Internetseite vom Nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen verweisen (www.komm-mach-mint.de). Der Nationale Pakt für Frauen in MINT-Berufen „Komm, mach MINT.“ ist eine bundesweite Netzwerk-Initiative, die Mädchen und Frauen für MINT-Studiengänge und -Berufe begeistern will. Sie vernetzt über 200 Partner aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien.

Unter der Webseite [http://www.komm-mach-mint.de/MINT-Projekte/Projektlandkarte/\(view\)/Liste?it=115&ta=58&c=9&map-filter-submit=Ausw%C3%A4hlen](http://www.komm-mach-mint.de/MINT-Projekte/Projektlandkarte/(view)/Liste?it=115&ta=58&c=9&map-filter-submit=Ausw%C3%A4hlen) können die einzelnen Maßnahmen für Bayern gesichtet werden.

Besonders hervorzuheben sind aber auch Projektinitiativen des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, die die grundsätzliche Gewinnung und Förderung von Nachwuchskräften im MINT-Bereich und den erfolgreichen Studienabschluss in MINT-Studiengängen zum Ziel haben. Im Rahmen der Projektförderung von MINT-erAKTIV werden hierzu aktuell 14 Einzelprojekte an Hochschulen gefördert.

Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz:

Zumindest im jüngsten Bewerbungsverfahren für das Baureferendariat lag der Frauenanteil bei ca. 50 Prozent. Eine Notwendigkeit, gezielt Frauen für die Wahl von Ingenieurstudiengängen zu motivieren, wird daher nicht gesehen.

Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Zu 7. a):

Bei den Werbemaßnahmen zum dualen Studium werden in gleichem Maße Frauen und Männer angesprochen. Dennoch ist die Interessenlage in der Regel so, dass mehr Männer ein Ingenieurstudium beginnen als Frauen.

Zu 7. b):

Die Ämter für Ländliche Entwicklung nehmen seit einigen Jahren am Girls' Day teil und bei Bewerbungen haben Frauen und Männer ohnehin die gleichen Chancen.

8. a) Nachdem die Vollzeitbeschäftigung bei Frauen im Ingenieurbereich lediglich 70 Prozent beträgt, wie hoch ist diese Quote für Ingenieurinnen im öffentlichen Dienst?

b) Inwiefern erachtet es die Staatsregierung als sinnvoll, die Infrastruktur für Kinderbetreuung für einzelne Dienststellen auszubauen, um unter anderem im Ingenieurbereich die volle Arbeitskraft von Müttern und Vätern ausschöpfen zu können?

Staatsbauverwaltung:

Der Anteil der vollbeschäftigten Ingenieurinnen an der Gesamtzahl beträgt 46 Prozent (373 von 814) zum Stichtag 01.11.2016. Grundsätzlich steigt Teilzeitanteil der Beschäftigten beständig an (nicht nur bei den Ingenieurinnen) und ist zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf unabdingbar. Der Anstieg der Teilzeit resultiert in erster Linie aus den persönlichen Wünschen der Beschäftigten, denen fast ausschließlich entsprochen wird. Als familienpolitisches Ziel ermöglicht die weitreichende Teilzeitmöglichkeit vielen Beschäftigten, die Berufstätigkeit auch neben familiären Verpflichtungen zu realisieren.

Allgemeine Innere Verwaltung:

In der Allgemeinen Inneren Verwaltung beträgt die Vollzeitquote zum Stichtag 01.11.2016 bei Ingenieurinnen der Bauverwaltung 35,48 Prozent (11 von 31 in den Bereichen 3 der Regierungen), bei den übrigen Ingenieurinnen 42,27 Prozent (82 von 194).

Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat:

Zu 8. a):

Im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat sind derzeit 174 Ingenieurinnen beschäftigt, von denen 100 in Vollzeit arbeiten (Quote: 57,5 Prozent).

Zu 8. b):

Die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen ist primär Aufgabe der Kommunen. Eine gute Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung ist in der heutigen Zeit von hoher Bedeutung und erhöht die Attraktivität des Freistaats als Arbeitgeber. Der Landtag hat daher bereits am 3. April 2014 (Drs. 17/1488) beschlossen, dass an Dienststellen mit erhöhtem

und nicht anderweitig gedecktem Bedarf in geeigneter Form Kinderbetreuungsplätze im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel vor Ort organisiert werden sollen.

Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz:

Die Vollzeit-/Teilzeitquote bei den Ingenieurinnen beläuft sich auf rd. 50/50 Prozent.

Zum Thema Kinderbetreuung wird auf den „Familienpakt Bayern“ verwiesen.

Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Zu 8. a):

In der Verwaltung für Ländliche Entwicklung liegt die Quote bei 74 Prozent.

Zu 8. b):

Für das Ausschöpfen der vollen Arbeitskraft ist in der Verwaltung für Ländliche Entwicklung nicht die fehlende Infrastruktur für Kinderbetreuung ausschlaggebend. Entscheidend ist vielmehr, dass die Kombination von Innen- und Außendienst, der Dienst zu unregelmäßigen Zeiten sowie die Arbeit an komplexen, kaum standardisierbaren Projekten sehr viel mehr Organisation erfordert als reine Bürotätigkeit mit einer Vielzahl gleichartiger Vorgänge.

Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie:

Von 20 Ingenieurinnen sind 11 vollzeitbeschäftigt (55 Prozent).

